

Aboonementpreis
mit der wöchentl. und am 1. Monat
der Wochenschrift "Sächsische
Arbeiter-Zeitung" 10 Pf. zu
zahlen. Durch die Post Kosten
(Postvergütung 60 Pf.) pro Blatt
je 10 Pf. Unter 8. August für
Dresden und Cöthen 10 Pf.
für das übrige Sachsen 7 Pf.
pro Blatt.

Redaktion
Gwingergasse 22, part.
Sprechstunde
am Montag von 12 bis 1 Uhr.
Telefon: Num. 1, Nr. 1702.

Teleg. Adress: "Arbeiterzeitung Dresden."

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Nr. 126.

Dresden, Donnerstag den 5. Juni 1902.

13. Jahrg.

"Vorläufige" Fortdauer der Wahlentziehung.

Das sächsische Volk kann ganz ruhig sein — seine Gegebe, die Treitlassen-Landtagsmänner und die Minister überzeugen nichts. Das jetzige Wahlrecht ist zwar schlecht und herabt die ganze große Masse der arbeitenden Bevölkerung jeder Vertretung im Landtag — aber mit der Verbesserung ist es nicht. Es war geboten, als es geht, dass arbeitende Volk zu entscheiden — jetzt kann man sich Zeit lassen. Die Herren haben damals in der Sitzung ein Gesetz gemacht, dessen Wirkungen sie nicht übersehen — denn sie beweisen in hente Kampfgeist, sie hätten nicht geglaubt, dass sie die Vertreter des arbeitenden Volkes, die Sozialdemokraten, durch das Treitlassenwahlrecht sonst und ferner aus dem Landtag drängen würden. In diesen Fehler wollen die Landesvertreter und Staatsräte aber nicht wieder verfallen — wenn sie wieder so daran los detestieren, dann könnte ja vielleicht ein Gesetz herauskommen, das die Sozialdemokraten wieder stark werden ließe im Landtag. Solch ein Malheur darf ihnen nicht passieren. Und deshalb werden sie warten — das Volk ist ja geduldig. Vorläufig wissen die Herren ja noch nicht einmal, wie sie das Gesetz ändern wollen. Und die alleinigen ihrem Landtag getrennen Regierung weiß natürlich auch nicht mehr als der Landtag. Also läuft man's beim Alten — vorläufig. Und da man in der nächsten Session wahrscheinlich noch ebenso lang ist wie hente, so bleibt's dann eben auch weiter beim Alten — immer nur "vorläufig" natürlich. Vielleicht doch auch wirklich einmal eine Scheintreue gemacht wird, wenngleich es nicht ganz wahrscheinlich ist, dass die jegliche agrarisch-konservative Mehrheit das Gesetz gewillig aus der Hand geben wird. So viel ist sicher, die Wahlentziehung bleibt bestehen "vorläufig" — d. h. so lange nicht das Volk die sächsischen Gegebe zwingt, die Sünden von 1896 wieder gut zu machen.

Die Abänderung des Landtagswahlrechts war gestern Gegenstand der Verhandlungen im Landtag. In erster Linie stand zwar nur die von den Südtirolern geforderte neue Wahlkreiseinteilung auf der Tagesordnung, aber die Frage der Aenderung des Treitlassenwahlrechts stand dort im Vordergrunde der Erörterungen, dass sie die Verhandlungen vollständig beherrschte. Damit soll aber nicht gesagt sein, dass die Diskussion neue Hoffnungen auf eine baldige Aenderung des jetzigen ungerechten Wahlrechts erhofft hat. Das ist ganz und gar nicht der Fall. So war das Geldachtswahlrecht nur in dem Oschaer Bürgermeister Hertwig einen bedingungslosen, aber auch ungefährlichen Verteidiger gefunden, während sonst selbst konservative Wirtschaftsführer nicht in Abrede stellen konnten, dass das jetzige Landtagswahlrecht nicht vollkommen, sondern dass es ungerecht sei. Man würde sehr gehen, anzunehmen, dass dieser Eindruck doch

auch das Pflichtbewusstsein folgen müsse, die Ungerechtigkeit zu befechten oder wenigstens zu mildern. Darauf deutet, das zeigte sich gestern deutlich, die konservative Allianz nicht. Sie will vielmehr das Treitlassenwahlrecht aufrecht erhalten trotz der offensiven Ungerechtigkeit, weil es eben ihre Herrschaft sichert. Aus dem Verhalten der Konservativen in der gestrigen Verhandlung des Landtags sprach ein krassester Värtiver Befehlstand gegen alle Reformbestrebungen auf dem Gebiete des Wahlrechts. Nicht einmal die harmlose Petition des Landesverbandes der Evangelischen Arbeitersvereine, der fast ausschließlich mit seinem Patriotismus operierte, fand Gnade vor ihren Augen. So das ein Antrag, die Petition der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen, nicht einmal die zur Unterstützung nötigen zehn Stimmen fand. Es machte überhaupt den Eindruck, als wollten die Herren durch ihr Herableben von der Sitzung schon dagegen protestieren, dass man auch nur über das Treitlassenwahlrecht rede, geschweige daran rütteln. Noch niemals hat der Landtag in einer Verhandlung soviel leere Sätze gegeben, als gestern. Zeitweise waren kaum fünf bis sechs Konservative anwesend und diese waren Verschlechter der südlichen Forderung auf Vermehrung der Landtagswahlkreise.

Alle Hoffnungen, die durch die Erklärungen des Ministers v. Meißnitz, dem Vater des Treitlassenwahlrechts, wachgerufen wurden, müssen an dem vorläufigen Verhalten der Konservativen Allianz scheitern. Was will die Erklärung des Herrn v. Meißnitz — nach Ansicht der Regierung bei einer Abänderung des Treitlassenwahlrechts unerlässlich bedeuten, wenn die Konservativen entschlissen sind, nichts vom Wahlrechtsstand heranzutragen. Dazu kommt, dass selbst die wenigen Freunde einer Wahlrechtsänderung unter sich zerstreut sind und nicht recht wissen was sie wollen. Sehr die entschiedenen Nationalliberalen wollen von dem gleichen allgemeinen Wahlrecht nichts wissen. Es möchte einen geradezu traurigen Eindruck, als der Abg. Nollfuß sich mit großer Entrüstung gegen die Behauptung des Abg. Olyp wandte, er habe das allgemeine Wahlrecht empfohlen. Welchen. Das aber die Konservativen gegen dieses Wahlrecht waren, zeigte deutlich die Redeleistung Olyps, die gespielt war mit Statistiken gegen das Reichstagswahlrecht. Es wäre ein Unglück für Sachsen, so meinte der roktionäre Wirtschaftsführer, wenn wir für den Landtag das allgemeine Wahlrecht einführen. Er stellte uns noch das artige Zeugnis aus, dass dann die Hälfte der Abgeordneten in der Kammer aus Sozialdemokraten bestehen würde.

Einige Nationalliberalen, die Abg. Dr. Vogel und Nollfuß, traten zwar lebhaft für die Aenderung des Wahlrechts ein, aber es zeigte sich anderseits auch, dass nur ein kleiner Teil der Nationalliberalen etwas von einer Wahlrechtsreform wissen will und von Punktus geführt, der geschickt mit den eignen Elbogen Raum schaffte, gingen sie so rasch wie möglich auf den Vorwurf zu. Unterwegs fragte Vode:

Schreiben Sie auch für die Zeitung, Herr Punktus?

Punktus wiegte lächelnd den blonden Kopf. „Was werde ich schreiben, Herr Doctor! So bin ich nicht geistig, Gott sei Dank! Verzeihen Sie, Herr Mettmann und ich, wir arbeiten schon lange zusammen, ich bin Insassenagent. Sie begreifen. Sonst schreibe ich gern einmal für Zeitungen, aber dann nur zu meinem Vergnügen.“

An den Stufen des Vorbaues empfahl sich Punktus bescheiden; Hafner und der Verleger fanden ihnen entgegen und der letztere rief sofort:

„Was ist denn das, Richard? Du hast jede Gelegenheit, mir zu entkommen. Die junge Freundschaft mit Herrn Doctor Vode ist mir ja gefährlich zu werden.“

Aus der Stimme Mettmanns sprach wifflige Höflichkeit für seinen Sohn; und Richard bestätigte seinem Vater gute Worte zu geben. Doch misstrauisch ließ der Vater die Augen von einem zum andern schweifen.

„Nicht wahr, Du hast den Doctor Vode heute abend bei Deinen adeligen Bekannten wieder angetroffen? Ich wusste nicht, dass Du diese Leute wieder aufsuchst.“

Richard war empört über den Vater und über den Schöpfer von Hafner. Was hatte dieser über seinen Verleger mit Johanna zu erzählen? Welche Beobachtungen und Vermutungen mochte er dem Vater mitgeteilt haben? Und mit welchen Rechten sprach dieser wegwerrend von „Diesen Leuten“?

„Du kennst diese Familie von Hafner gar nicht,“ sagte er einlenkend.

„Es ist alles ein und dieselbe Wirtschaft. Der Besitzer dieses Grundstücks hier war auch ein Hafner, ein von Hafner, wenn Du so förmlich bist.“

„Ich weiß, wir sind ja hier unter uns!“

„Das finde ich eben nicht, Papa.“

„Na, wenn Dir schon bei diesen gleichgültigen Dingen

Editorial
nehmen Sie 6 geklöppelte Westphälische oder Bessar. Blatt mit 20 Pf. bezahlt und bei mindestens zweijähriger Beziehungszeit eines Mindestens 10 Pf. Verluste werden bis höchstens 100 Pf. die Frak in der Beziehung abzuziehen und sinkt bis November zu 50 Pf.

Expedition
Gwingergasse 22, part.
Geöffnet von montags a. m.
abends bis 8 Uhr.
Zeitung: Aus 1, Nr. 1702.

Fraktionen täglich mit Ruhm und
Ehre und Beliebtheit.

und auch dieser das allgemeine Wahlrecht ablehnt, und nur am Treitlassenwahlrecht herumstößt, aber es nicht in den Erfassungsbereich bringt.

Die südafrikanische Tragödie.

Mit 54 gegen 6 Stimmen fand, wie Reuter meldet, am Freitag in der Bürgerversammlung zu Vereinigung die Übereinkommen angenommen werden. Die überwältigende Mehrheit der Bürgerversammlung hat also den Kampf als ausichtslos aufgegeben. Zudeutlich ist englisch: im langen wechselvollen Ringen des holländischen Befreiungskampfes und des englischen Industriellen und Kaufmanns hat der letztere schließlich einen entscheidenden Erfolg davongetragen. Eine neue Epoche in der Geschichte Südafrikas beginnt. Ihr Anbruch ist kein Blahmesdeutnis für England. Mehr noch als die Niederlage seiner Soldaten und die Unzähligkeit seiner Feldherren standet es dieser Engländer, der mit britischer Gewalt erklungen wurde. Der südafrikanische Krieg wird in der Geschichte beziehen bleiben als ein schändlicher Raubkrieg eines grossen Staates gegen eine kleine Nation, das Ergebnis der skrupellosen Bruttigkeit der Kapitalisten und der Unzähligkeit, der hochmütigen Verblendung der Staatsmänner — nicht zuletzt über ihrer unloslichen Verbindung in die Beute macher der grossen Geldmärkte.

Der südafrikanische Krieg wäre durch eine kluge Politik, eine praktische Politik im echten Sinne des Wortes, eine Politik, die nicht großmäulich jenseits von Gut und Volk unterscheiden will, eine Politik der Gerechtigkeit, vermieden worden.

Buren und Engländer sind alte Feinde. Sie stehen einander ab, denn ihre Interessen waren verschiedene, der Vater der Agrarier, der Engländer Industrieller und Händler. Länger als ein Jahrhundert dauert dieser Gegenzug. Der Vater war der ursprüngliche Herr des südafrikanischen Bodens, der Engländer kam später als Eroberer. Tausende von Buren verließen die Heimat, das Land, kehrten weiter, um den englischen Herrn zu entzagen — aber sie folgten ihnen. Zuletzt wurde jenseits des Saal eine Zufluchtsstätte gefunden. Aber bald wurde auch hier die englische Flucht gezeigt und erst der Aufstand von 1884 gab der Transvaalrepublik eine verblüffte Selbständigkeit wieder.

Der Gegenzug zwischen Buren und Briten wirkte nicht als in den Rassendifferenzen, die für überländliche Bevölkerung zur Erklärung genügen, in nüchternen ökonomischen Interessen. Der erste ergab sich aus der verschiedenen Stellung zu den Eingeborenen. Der holländische Landwirt wollte Sklaven oder mindestens rechte, gebundene Arbeiter aus ihnen machen, der englische Unternehmer wünschte "freie" Arbeiter. Die Aufhebung der Sklaverei, die Begünstigung der Schwarzen war eine der bittersten Bedenken der Buren der älteren Generationen gegen die Engländer. Aber dieser Interessenkonflikt trat in den Hintergrund gegen zwei andere, die sich aufzulösen, nachdem zwei Jahre nach der Wiedereröffnung der Transvaalrepublik die ersten Goldfunde im Randgebiete gemacht wurden. Nun entstand die Altmutterindustrie, die bald über Bedeutung durch die Transvaaler Regierung stieg, nun entstand die Umländerfrage. Ein Strom englischen Kapitals und englischer Einwanderung ergoss

unsere Freunde unbekannt sind, so werden wir uns für das, was ich Dir frage will, ein wenig zurückziehen müssen.“

Und er führte seinen Sohn zu einem Nebentischchen, das in einer Nische des Vorbaues gegen das Leben der Nachtruhe geschnitten war. Und er riss vom Stellner den besten herben Champagner bringen, nötigte Richard zum Trinken und reichte ihm eine Zigarette aus der kleinen Tasche, aus der er sonst nur selbst zu rauchen pflegte. Dann erhielt, als Vater und Sohn einander wie gute Freunde gegenüber saßen, begann der Alte mit seiner mildesten Stimme, während seine schwere rechte Hand auf dem Kopf des Sohnes lag, als ob er den Rücken zurückhalten wollte:

„Richard, ich hätte es mir vorher denken sollen. Du bist als ein Mann aus England zurückgekommen. Ich habe Dich zu lange wie einen Knaben behandelt. Es ist das erstmal, dass wir miteinander rauchen und Zeit trinken.“

Richard verstand die Absicht des Vaters und sagte lachend:

„Wenn Du die Flasche und die Zigarette symbolisch nehmen willst und von mir an mit mir wie ein Freund zum Freunde sprichst, so will ich Dir dankbar dafür sein.“

Der Verleger preiste liebwillig Richards Arie und rief mit Stolz:

„Du sprichst besser als ich, sogar Deine Stimme klingt gebildeter als meine. Das soll so bleiben. Ich will stolz darauf sein, wenn mein Sohn mehr geachtet wird als ich. Aber eines habe ich doch vor Dir voraus: Geschäftserfolg oder, was dasselbe sagt: Menschenkenntnis. Ich sehe Dir nun seit vierzehn Tagen zu. Ich wollte erst morgen mit Dir darüber sprechen, am Sonntag. Doch der Hafner hat sich über Dich beschwert, du wollen wir gleich ins Reine kommen. Hier bleiben muss ich ja doch und spreche lieber mit Dir als mit dem ganzen übrigen Paar.“

Richard hatte den Kopf zurückgeworfen.

„Das müsste nicht.“ sagte er, „welche Rückfragen ich auf Herrn Hafner zu nehmen hätte.“

Gottlieb Mettmann zog die Augenbrauen leicht zusammen.

Die Fanfare.

Roman von Fritz Mauthner.

4. Fortsetzung. [Nachdruck verboten.]

Die Glückwunschkarten waren herangekommen, und ehe sich dessen verlor, lag Bode in den Armen des Kupplerjägers.

„Alter Freund!“

Und Bode war der alte Freund aller dieser Herren. Endlich war der richtige Mann an der richtigen Stelle, endlich würde die schlechte Wirtschaft aufblühen. Und die Sänger jammerten, dass sie toxisch geweckt wurden, ein Schriftsteller verlangte die sofortige Annahme einer Novelle, welche schon seit Gründung des Blattes dort lag und von den vier Redakteuren des ersten Jahrs gleichmäig nicht gelesen worden war, ein Reporter verlangte die Aufführung, dass ihm bei Hinrichtungen niemals eine Zeile gestrichen werde; denn die freundlichsten Beziehungen zu den diesbezüglichen Persönlichkeiten kosteten Geld.

Bode erweckte sich mit Würde der Händedrucke und Schmeichelheiten, mit denen man auf ihn einstieß. Richard musste auch über sich eine Flut von Redensarten ergehen lassen. Da trat von der Seite ein zierliches Mädchen an ihn heran. Die schlauen Augen, der lächelnde Mund und die Rose grünen aufstellend jüdischen Schwert; dazu ein gelbes Wollhaar wie ein blond gefärbter Regenbogen. Auch die Sprache verriet, dass der zierliche kleine die östlichen Provinzen noch nicht lange verlassen hatte.

„Mein Name ist Punktus, verzeihen Sie, Herr Mettmann. Der Herr Vode sucht Sie und unseren neuen Redakteur. Mein Name ist Punktus, Herr Doctor, ich gratuliere, verzeihen Sie!“

„Ich danke Ihnen, Herr Punktus!“ rief Bode, froh über die Störung. „Lassen Sie mich, meine Herren, wir sind zu den Gästen berufen, die dort oben um hölzerne Tische sitzen.“

„Nein.“

Und von Punktus geführt, der geschickt mit den eignen Ellbogen Raum schaffte, gingen sie so rasch wie möglich auf den Vorraum zu. Unterwegs fragte Vode:

Schreiben Sie auch für die Zeitung, Herr Punktus?

Punktus wiegte lächelnd den blonden Kopf. „Was werde ich schreiben, Herr Doctor! So bin ich nicht geistig, Gott sei Dank! Verzeihen Sie, Herr Mettmann und ich, wir arbeiten schon lange zusammen, ich bin Insassenagent. Sie begreifen. Sonst schreibe ich gern einmal für Zeitungen, aber dann nur zu meinem Vergnügen.“

An den Stufen des Vorbaues empfahl sich Punktus bescheiden; Hafner und der Verleger fanden ihnen entgegen und der letztere rief sofort:

„Was ist denn das, Richard? Du hast jede Gelegenheit, mir zu entkommen. Die junge Freundschaft mit Herrn Doctor Vode ist mir ja gefährlich zu werden.“

Aus der Stimme Mettmanns sprach wifflige Höflichkeit für seinen Sohn; und Richard bestätigte seinem Vater gute Worte zu geben. Doch misstrauisch ließ der Vater die Augen von einem zum andern schweifen.

„Nicht wahr, Du hast den Doctor Vode heute abend bei Deinen adeligen Bekannten wieder angetroffen? Ich wusste nicht, dass Du diese Leute wieder aufsuchst.“

Richard war empört über den Vater und über den Schöpfer von Hafner. Was hatte dieser über seinen Verleger mit Johanna zu erzählen? Welche Beobachtungen und Vermutungen mochte er dem Vater mitgeteilt haben? Und mit welchen Rechten sprach dieser wegwerrend von „Diesen Leuten“?

„Du kennst diese Familie von Hafner gar nicht,“ sagte er einlenkend.

„Es ist alles ein und dieselbe Wirtschaft. Der Besitzer dieses Grundstücks hier war auch ein Hafner, ein von Hafner, wenn Du so förmlich bist.“

„Ich weiß, wir sind ja hier unter uns!“

„Das finde ich eben nicht, Papa.“

„Na, wenn Dir schon bei diesen gleichgültigen Dingen

stellen der Behörden zu Gunsten der Unternehmer hinzu. Die Beklommenen laufen:

Barcelona, 4. Juni. 12000 Arbeiter sind hier ausgestoßen. Barcelona, 4. Juni. Die Zahl der ausgestoßenen Hafenarbeiter hat zugenommen. Die Beladung und Entladung der Schiffe sollt. Eine große Anzahl von Auslandsgütern wurde verboten.

England.

Bolskopier und Generalschuldnahme. Im Unterhaus erklärte am Mittwoch der Staatssekretär John Board, er habe die Absicht, die zwei in diesem Jahre eingeholteten neuen Abgaben aufrecht zu erhalten. Bolkskopie ist eine Verordnung des Königs mit, in der erneut bestimmt wird, dass die Kosten in Bezeichnung einer herrenverantwor. Firma eine Steuer von 1000 Pfund Sterling in Wittenbach zu bewilligen.

Wittener. Der bisher den Mängeln eines Generalentwurfs befehlende, ist zum General bestellt worden.

Die dritte Rechnung der Kriegsaufschubbill vor. Mindestens im Unterhaus festgehalten. Wettbewerbsrecht ist die Erfahrung des Schatzhauses, um einen gewaltigen Strukturwandel in naher Zeit noch nicht zu denken ist.

Sud-Afrika.

Der Friede. Südafrikaner hofft in Bezeichnung einer Anordnung, nach der die Übernahme ansetzt, dass die Engländer und die Deutschen zusammenfreude sein werden. Seine Worte erinnern an einen Betrieb.

Die Buren erklärten, dass die Übergabe der verdeckten Kommandos ohne Gewissheit erfolgen werde. Zur Erinnerung der Befreiung von drei Jahren erscheint, das Lied von Transvaal unter Dimitrius, im Westen unter Walter Röhrich und im Osteuropa unter Elia.

Aufregende Zeiten wischen sich im Kongressionatssenat von Transvaal zwischen den Anhängern und den Befreien ab. Es haben die Befreien die Befreiung der Befreiung und das Leben unter Walter Röhrich und im Osteuropa unter Elia.

Nach dem Karlsruhe eingehenden Berichten versteckt sich die Lage dort sehr bestreitbar. Zunächst ergab sich, dass täglich finden sich viele Kämpfer zur Übergabe ein.

Die Haltung der Buren in Europa. Wie es in einer Melkung aus Brüssel heißt, werden die hier weilenden Vertreterdelegationen vor dem höchsten englischen Gouvernement den Unternehmens seines und dann nach Südafrika zurückkehren.

Rückkehr eines Teiles des Betriebs aus Utrecht ist Präsident Krüger recht unpraktisch und bestätigt.

China.

Unzufriedenes aus Peking. Aus der Hauptstadt des kaiserlichen Reiches wird vom 5. Mai gemeldet: Gestern brachten in den französischen und heute in den österreichischen Botschaften Beobachter aus, ohne großen Schaden anzurichten. Man vermutet Brandstiftung. Vor dem Feierabendstreffen kamen und eine Menge von Beamten an, die sich zu freuen schienen.

Parteianangelegenheiten.

In drei Monaten gelangte wiederum Genosse Hermann von der Grünen Tribune, der sich zur Zeit gegen Abiturienten, einer kleinen Stadt im Westen befindet, wegen unerlaubter Beleidigung Breslauer Richter verurteilte. Die Breslauer Polizei, die die gleiche Tatsache wie die Tribune, wurde freigesprochen und, dass die Staatsanwaltschaft Breslau eingesetzt, befürchtete das Reichsgericht, dass diese - Ein neues Element ist die Verurteilung des Reichsgerichts durch Breslau. Das ist übrigens der Unterschied zwischen dem Staatsanwalt erinnert. Das ist die Sache, die früher Kollegen einer Reaktion erhielt, mit angesichts werden sollen, ob es vor mehreren freien Staatsanwälten zu einem Verlangen kommt. Der Grüne Richter führte aber die Grundierung einer strengen Bestrafung n. o. an, dass die Tribune auch nach dem Ausdrucken des Angeklagten aus der Reaktion die Urteile des höchsten Gerichts in überzeugender Weise trümmert, um die Befehle in den Augen der Leute herabzulegen. Das eröffnet ja neue Perspektive!

Sächsische Angelegenheiten.

Die Millionenverluste der Lotteriedarlehnskasse beim Zusammenbruch der Leipziger Bank hatten in der zweiten Nummer des Landtags Anfang zu Einwendungen gegen das Geschäftsvorhaben dieser Kasse gegeben. Weitere Beziehungen die von der Kasse gemacht wurden als einwandfrei und geben sich der Berichtigung hin, dass die Verluste bei der Leipziger Bank nur infolge dieses unzureichen Geschäftsvorhabens entstanden seien. Der jetzt über diese Angelegenheit erschienene Bericht der Finanzdeputation A bestätigt diese Annahme in vollem Umfang.

Über die Geschäftsjahrszeit der im Jahre 1842 mit ständiger Genehmigung gegenstandenen Lotteriedarlehnskasse hat die Deputation der Regierung unzulängliche Auflösungen gegeben, aus denen u. a. auch folgendes zu ersehen ist: Der ursprüngliche Auftrag der Lotteriedarlehnskasse ist verhältnisweise geringer als der Kasse auch verfügbare Bemühungen der Finanzierungslage zugestanden worden sind, hat die Darlehnskasse die Einräumung erhalten. Wechsel zu solvieren, sowie die vorhandenen Wechsel nicht gegen Sicherstellung ausgetauschen werden konnten. Für die Sicherstellung des Wechsels gilt aber die Verordnung, dass für die Wechsel mindestens zwei als zahlungsfähig bekannte Verpflichtete hätten müssen. Nun hat aber die Untersuchung ergeben, dass es schon seit längerer Zeit in der Lotteriedarlehnskasse, der obigen Bestimmung widersprechend, Sicherheitspraxis gegeben war, Wechsel von Altersgenossenschaften zu beleihen und als Sicherstellung deren eigenen Aktien für die ihnen gewährten Darlehen anzunehmen.

Die Sicherheitspraxis in der Darlehnskasse beim Zusammenbruch der Leipziger Bank zum Verhängnis gemacht wurde. Als der Senat über diese Bank eröffnet wurde, legen unter den Beamten dieses Instituts auch über 9 Millionen Mark der Darlehnskasse begraben und so ist noch heute sehr fraglich, ob ein wesentlicher Teil davon wird gerettet werden können. Wäre die Leitung der Darlehnskasse streng nach den Verordnungen verfahren, hätten zum Schutze entstehen können. So aber hatte sie auch 17000 M. Aktien der Leipziger Bank und Wechsel, die von der Freibergsche Gesellschaft ausgeschafft waren, im Betrage von 572250 M. als Sicherheit. Außerdem noch 4321273 M. an Wechseln als Sicherheit, die von anderen Firmen ausgestellt waren, die bente ebenfalls zum Teil kontrolliert sind. Die Regierung sieht die Befürchtungen, die die Lotteriedarlehnskasse bei der Leipziger Bank noch hat, mit 9413173,15 M. an. Man will zunächst ver suchen, im Wege der Wechselforderung zu retten, was noch zu retten ist. Was dabei herauskommen wird, weiß die Regierung noch nicht, auch sonst besteht noch völlige Unwissenheit darüber, was noch gerettet werden kann. Auf eine direkte Anfrage der Deputation, ob sich der Betrieb der Lotteriedarlehnskasse nicht weitgehend beschleunigen lasse, hat die Regierung erwidert, dass sie zur Zeit noch nicht möglich.

Die Regierung glaubt jedoch, einen Sündenbock in dem

Leiter der Darlehnskasse gefunden zu haben, dieser aber ist ein einfacher Buchhalter namens Eberth, der bereits entlassen worden ist, der aber nicht an seine Schuld zu glauben scheint, denn er hat gegen die im Disziplinarverfahren gegen ihn ausgesprochene Entlassung Berufung eingeregt, über die heute noch nicht entschieden ist. Aber es geht schon aus den vorliegenden Ausführungen der Regierung hervor, dass die wirklich Schuldigen wo anders zu suchen sind. Es heißt nämlich in einer Auskunft der Regierung, dass Eberth der Vorratedirektion unterstellt war. "Sowohl aber" so heißt es weiter, "dass regelmäßige Geschäft der Darlehnskasse, die Belebung von Wertpapieren, in Gang kommt, hat der Vorstand der Vorratedirektion die den Gewählten der Darlehen auszuhändigenden Pfandbriefe zu unterschreiben, kann sich also bezüglich jedes einzelnen Geschäfts Gewissheit darüber verschaffen, ob es den berechtigten Vorbrechern entspricht. Regelmäßig hat die Auslieferung des Pfandbriefes und die Zahlung des Darlehnsbetrages Zug um Zug mit der Auszahlung des vom Darlehnsnehmer auszuzahlenden Schuldbetrages zu erfolgen, so dass der Vorstand der Vorratedirektion den Pfandbrief unterschreibt, bevor der Banknoten die Darlehnskasse auszahlte. Was ausnahmsweise der Pfandbriefen dem Darlehnsnehmer nachträglich zugestellt, so erlangt der Vorstand der Vorratedirektion erst nach der Auszahlung der Darlehnssumme Gewissheit von dem Darlehnsnehmer, dass die Belebung des Darlehnsbetrages Zug um Zug mit der Auszahlung des Pfandbriefes zusammenfällt, kann daher dieses konkrete Geschäft nicht mehr hindern, wohl aber der Wiederholung etwaiger Erforderniswiderstände vorbeugen."

Die Finanzdeputation glaubt indes, dass auch die Regierung nicht ganz unrechtfertig ist. Sie bemängelt die Unzertüchtigung der Darlehnskasse und bedenkt, dass eine Verhängung aufgehoben werden ist, wenn am Schluss des Jahres eine Übersicht über die ausgezahlten Summen und die Namen der Schulden eingezogen wird. Wenn jedoch erscheint, dass die Deputation, dass die Möglichkeit der nachträglichen Auswertung und Inzelung der Pfandbriefe nach Angabe der Regierung als vorhanden hingestellt wird und für welche Fälle die Regierung selbst zugibt, dass der Vorstand der Vorratedirektion erst nach der Auszahlung der Darlehnssumme Kenntnis von dem Darlehnsgegenstand erhält und dann die konkreten Pfandbriefe überhaupt „nicht mehr hindern kann“, höchstens noch der Wiederholung etwaiger Erforderniswiderstände vorbeugen könne. Aus den hier vorliegenden Verhältnissen ist mit volliger Sicherheit zu erkennen, dass dem weitgehenden Kenntnis und insbesondere auch laufmännischen Erfahrungen auf diesem Gebiete reichenden Geschäftsbetrieb die zu dessen Errichtung benötigten Beamten sich nicht gewachsen gezeigt haben. Die vorgerückte Behörde wird sich dem Vorwurf nicht entziehen können, dass bei Auswahl der betreffenden Beamten die hier vorliegenden eigenartigen Verhältnissen nicht in vollem Umfang Rücksicht gezogen wurde; außerdem hat die Deputation die Überzeugung gewonnen, dass durch unregelmäßige Revisionen von Seiten der vorgerückten Behörde die bellagewerte Weichführung der Vorratedirektion der Darlehnskasse hätte vermieden werden können.

Auch im leider reizhaften, dass der Darlehnskassen Buchhalter wiederholt ohne wirkliche Kontrolle der innerhalb der Vorratedirektion und Darlehnskasse liegende verantwortlichen Beamten das Ausleihen von Staatsgeldern verfügt hat und doch damit einem einzigen Beamten die alleinige Disposition über bedeutende Kapitalien überlassen war, was wohl in keinem Vorzeichen der Fall sein dürfte.

Sowohl der Bericht der Deputation, man kommt daraus den Endstand, als sollte der Buchhalter Eberth für Sünden büßen, für die in erster Linie die Vorratedirektion mit verantwortlich ist und die nur begangen werden kunnen, weil die Regierung oder die Aufsichtsbehörde der Leitung in der Darlehnskasse weitgehende Rechte eingeräumt und die Freiheit der Beamten nicht in genügender Weise durch Restriktionen in dem richtigen Maße gehalten haben.

Großschadhaft. Wie es einem privaten Kaufmann in seinem ersten Jahr, was folgendes Verlament: Freitag, abend nach 9 Uhr erfuhr, dass er in der Simsonstraße wohnende Privatmann in die Uniform geworfen, fand er nicht zu Hause. Die Frau war weggegangen und hatte zu geschlossen. Der Einbrecher musste nun von oben inszenieren, wie seine Sammlungen eingeschossen nach dem Geschäftsort eiteln. Die Frau kam bald und es gab dann eine dicke Auseinandersetzung.

Gotha. Vergangene Nacht in der 2. Stunde wurde auf der Dresdner Straße, nahe der Grenze von Gotha, ein alter, mehrerer Männer von einem unbekannten niedergeschlagen. An der Stelle waren mehrere Wunden zu sehen. Der Mann wurde in bewusstlosem Zustande zur Polizeiwache gebracht.

Heideau. Zur Aussperrung der Formen und Kermades bei der Firma Rodrich & Schneider ist zu berichten, dass die Zahl der Ausgeweihten 21 beträgt, von denen 16 Familienmitglieder mit insgesamt 50 Kindern sind, 15 Mann sind über zwei Jahre bei der Firma tätig. Am Ende des letzten Jahres und die Alterstabelle um 15-40 Proz. reduziert werden und der Verdienst bringt im letzten Winter 20-30 M. in vierzehn Tagen, ja, es ist sogar vorgesehen, dass Leute mit wenig Markt in vierzehn Tagen nach Hause gehen müssten. Den Formen und Kermades wurde seiner Zeit verweisen, wenn der Gehaltsangang ein besserer würde, sollte man die alten Preise wieder beziehen. Auf diese Verhältnisse hin, wurde am 5. Mai eine Kommission beim Meister vorstellt, um wenigstens eine kleine Preissteigerung zu erhalten; es wurde jedoch nichts bewilligt und der Meister lehnte es ab, mit der Kommission zu verhandeln. Da auch sonst große Nebenkosten in diesem Betrieb vertreten, z. B. schlechte, nach Ansicht des Meisters anstrengende Kosten, schlechte Zusammenstellung des Eisens, so dass viel Auskühlung entsteht, bei manchen Gütern 50 Proz. der nicht nur allein den Formen abgezogen wird, sondern man verrechnet sogar den Kermades, die mit dem Einzelnen und Giesen nichts zu thun haben, die Bezahlung in solchen Fällen.

Ein Kermader, welcher nach § 6 der Fabrikordnung eine Arbeit nicht eher beginnen wollte, bis der Altordnungspreis verschafft, wurde am 2. Mai bestellt, man hatte aber nicht einmal den Mut, den wahren Grund bei der Vorauszahlung anzugeben, sondern lädt auf der Vorauszahlung 2 M. Strafe wegen unerlaubten Verlassen der Werkstätte. Alle diese und noch verschiedene andere Maßnahmen veranlassen den Deutschen Metallarbeiterverband, sämtliche Ausgeweihten gehorchen demselben an, die Formen über bestehende Gießerei zu verbauen. Am 3. Mai erfolgte ein Anschlag, der besagt, dass den ganzen Monat zum Abends 18 Uhr gearbeitet werden müsse. Die Kommission wurde wieder beim Meister vorstellt und batte, dass bei den jüngsten hohen Temperaturen und der idiomatischen, häufigen Werktags es eine Unmöglichkeit sei, Nebenkunden zu arbeiten, ohne frisch zu werden und die ohnehin sehr schlecht gehaltene Betriebskantinen zu schädigen. Mit

der Kommission zu verhandeln hat Herr Direktor Rodrich auch in diesem Falle abgelehnt, er ließ durch den Meister sagen: Die Arbeiter sollten froh sein, dass er sie diesen Winter beschäftigt habe und vor in diesen vier Wochen (Montag, Dienstag) kommt wird entlassen. (?) Die Formen und Kermades beschlossen einstimmig, da es zur Zeit zuviel zu tun ist, keine Nebenkunden zu arbeiten und deshalb nun die Auswertung. — Zugang ist streng fernzuhalten.

Die Firma Rodrich & Schneider teilt uns heute „berichtigend“ mit, dass die Arbeiter nicht ausgeweitet, sondern entlassen sind.

Weissen. In der Unterherrschaft von Thomas hier sind Differenzen ausgetragen. Es wird erachtet, den Zugang von Schmieden fernzuhalten.

Annaberg. Wie gemeldet wird, ist die darin ansässige Porzellanfabrik in Annaberg bei Annaberg in S. niedergebrannt. Der Schaden wird auf mehr als 30000 M. geschätzt. (2. A.)

Waldstein. Ein Waldbrand unterhalb des Herrenhauses war am Dienstag ausgetragen. Der Brandherd wurde durch Säulen und Graben und durch die oben befindliche Schandauer Straße bald isoliert, so dass der oberhalb der Straße befindliche Rodelwald vor der Vernichtung verschont blieb. Jetzt ist der gemüthige 25-30jährige Wald in dem unter dem Futter geblieben.

Attau. Ein schwerer Bergsturz ereignete sich am Dienstag vormittag im nahen Herrensdorf. Ein Stück des Gutsbezirks zerstört war, damit befreit, die Trümmergrube zu räumen. Durch die austretenden Flüsse wurde die Reihe zerstört und teilweise zerstört. Der verwundene Sohn des Gutsbesitzers, ein dem in der Grube liegenden Mann, wurde zu Hilfe. Bei dem Bergsturz wurde auch dieser von der Flut weggerissen und fiel ebenfalls in die Flut. Ein anderer Sohn des Gutsbesitzers wurde dann aus der Flut gerettet. Auch dieser wurde mit in die Flut. Durch Anstrengung aller Kräfte wurden dann von herbeigeeilten Personen und Andern aus der Flut aus der Flut gerettet und sofort die nötigen Verbindungen getroffen, um die Verunglückten am Leben zu erhalten. Ob der Sohn, welcher sich am langen in der Flut befindet, am Leben bleibe wird, lässt sich noch nicht sagen.

Plauen i. B. Wie der Vogt Anger berichtet, erhob am 3. Juni nachmittags in einem Wald bei Hundsdorf der in den dreißiger Jahren liegende Steinmetz Peter Vogel aus Hohenstein-Görne und sein schwaches Tochterkind und dann sich selbst. Der Grund war That in Schwermutter.

Handel und Wandel.

Der Provinz Saarland und Nassau nahm am Mittwoch seinen Gang. Es lässt sich übersehen noch kein Ende der Verhandlungen absehn. Ebenso schwer ist es für den Deutschenleben, sich ein Bild von den verschiedenen Rechtsähnlichkeiten zu machen, die der Brüderung des Preußischen von Dezember 1866 verhandelt. Zwischen dem Landesverband und dem Reich verhandelt. Zwischen dem Reich und dem Preußischen Brüderung erlangt über die Verhältnisse der Grundschulden verhandelt. Dieser, der Bureaucratische Pfeifer, ist der Beauftragung der Verteidigung einzutragen, als ob Wartburg keine solche Rechte habe. Wartburg ist vielmehr machbar, wie neuzeitlicher Direktor gemeint. Die langen Geister und die Befreiung der Untertanen, um die Wartburg der Provinz Saarland und Nassau zu erhalten, ist der Wartburg des letzten ab, dass Wartburg im wesentlichen nicht verhandelt über minderwertige Anordnungen ist, sondern vielerlei Dinge solche. Es folgt dann die Verhandlung über die für den 31. Dezember 1868. Sobald wird der Provinz auf Donnerstag verhandelt.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Im Baumgewerbe Magdeburg ist die Vorbereitung für dieses mal beendet. Die beteiligten Arbeiter hielten es für ratsam, den von den Unternehmern ausgedehnten Raum nicht andrehen zu lassen, die nahmen die Vorhabe der Unternehmer an, wonach die Arbeiter 2 Viertelstunden weniger erhalten als sie forderten. Die Bauarbeiter wurden aufgeteilt und am Montag die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Arbeit- und Fleißerabschaffung in Hannover haben am Montag den Streik fast beendet. Die Innung in Linden hat die Forderungen insgesamt befriedigt; in Hannover arbeitet ein großer Teil der Gewerke zu den neuen Bedingungen, jedoch entrichtet das Meister der Vorbereitung nicht den Erwartungen der Gewerke. Die liegenden Arbeitgeber sind mit Aufhebung des Streiks eingegangen.

Der Maurerstreik in Quedlinburg hat nach sechswöchentlicher Dauer sein Ende erreicht. Der geforderte Stundenlohn von 33-35 Pf. ist von den Arbeitern befriedigt worden.

Die Maurer in Wittenberg waren am 3. Juni in den Streik, 115 Maurer waren in einer Versammlung einstimmig den Streikschluss, 125-130 sind im Lohnbezirk bestätigt.

Gewerkschaftliche und Landarbeiterbewegung in Italien. In Mailand kreisen zur Zeit gegen 1000 Arbeiter, außer den Webern und Arbeitern kreisen auch die Tramway-Arbeiter. — Die Kellner und Küchen haben ihren Prinzipalen Forderungen unterkriegt. Bis zum 6. Juni ist der Unternehmer Zeit zur Antwort gelassen. — In Alessandria treten 500 Maurer.

Ein sonst der Vorbereitung nur die Provinz Mailand, der wurde beschlossen, war von 30 Delegierten beabsichtigt. Es treten, wo die Unternehmer ihres Eingegangen kommen verweisen.

Die Landarbeiter von Taranto, die von dem 25. Mai im Aufstand sind, befinden, haben neue Kontrakte durchgesetzt, in denen ihnen jetzt zugestellt ist.

Zum Streik der französischen Tabakarbeiter wird berichtet: Sie in den staatlichen Tabak- und Streichholzfabriken der Provinz beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen haben sich fast alle dem von den Partei Tabakarbeiter verholt Generalauflauf angegeschlossen.

Allgemeine Ausweitung der Metallarbeiter Stockholms. Jedes der größten Firmen des Stockholmer Metallindustrie haben am Montag abend den Tageszeitungen Stockholms mit Ausnahme von Generaldeputaten eine Notiz gemacht, worin sie erklären, dass sie die Partie vom 16. Juni ab ziehen, falls bis dahin nicht der Streik mit der Separatist-Arbeitschaft abgesetzt wird. Wenn diese Drohung ausgetüftet wird, dann wird die Zahl der ausgeweiteten Arbeiter in Stockholm, einschließlich der Separatist-Arbeiter, auf ca. 4000 steigen.

London. 4. Juni. Daily Telegraph meldet aus New York: Der große Grubenarbeiterstreik in Pennsylvania nimmt an. Umfang ca. 50000 Gewerkte werden von den Grubenarbeitern zum Sohn des Gruben verwendete. Elektrische Drähte mit hoher Spannung ausgeben die Gruben, so dass jeder, der sie berührt, sofort stirbt. Vom Bergarbeiterkreis in Amerika. Nach einer Develche des Frank. Haas aus New York beträgt die Schamzahl der auswärtigen Arbeiter 70 Proz., was mehr ist als erwartet wurde. Manche Gruben sind unter Wasser, andere werden durch Gasleute freigehalten.

Zum Bergarbeiterstreik in Amerika. Nach einer Develche des Frank. Haas aus New York beträgt die Schamzahl der auswärtigen Arbeiter 70 Proz., was mehr ist als erwartet wurde. Manche Gruben sind unter Wasser, andere werden durch Gasleute freigehalten.

Gerichts-Zeitung.

Reichsgericht.

Der Prozess Martens und Hödel rückt eine Röde in einer Straße, die am Dienstag das Reichsgericht beschäftigte. Es handelt sich um ein Urteil des Landgerichts I in Berlin vom 1. März d. J., durch welches der verantwortliche Redakteur der National-Zeitung, Siegfried Ernst Körner, und der Redakteur Horn in Untersuchung wegen vorsätzlicher Veröffentlichung von amtlichen Schriften eines Strafverfahrens in 70 bzw. 100 Bl. Gestrichen verurteilt wurden und beiderseits Aufsehen hatte es z. B. erregt, daß der Sergeant Hödel, obwohl er freigesprochen worden war, nicht aus der Haft entlassen, sondern noch wieder verhaftet worden war. Redakteur Horn als Vertreter Hödels hatte dagegen Beschwerde eingelegt. Auf Grund der Befreiungen Horns veröffentlichte der Anklagte Hödel am 4. September d. J. in der National-Zeitung einen Artikel über Hödels Verhaftung und setzte darin das Protokoll über die Verhaftung, ein Telegramm Horns an den Generalleutnant in Altona, sowie einige andere auf den Prozeß bezügliche Telegramme und Schriften mit. Dies war, wie das Urteil datiert, nach § 27 des Preußischen Strafgesetzes, da der Prozeß gegen Hödel noch stand. Die Verhandlung des Verfahrens in erster Instanz ist noch nicht die Beendigung des ganzen Prozesses. Das Reichsgericht verurteilte die beiden Reaktionen.

Neues aus aller Welt.

Gambinnen. 1. Juni. Der ehemalige Unteroffizier Martens geht aus dem Gefängnis in Danzig entlassen worden und traf hier ein. Er wurde von den Eltern und der Schwester empfangen, zahlreiche Freunde und Kinder, die von einem Schulauflauf beim feierten, begrüßten Martens mit Blumen und waren in die Paradereste gekommen, in welcher er fuhr, Blumen und Strause.

Aktivität in den Bergen. Der 18jährige Peter Schubert wurde nach einem Telegramm aus Österreich beim Alpenvereinsfestliden auf dem Eiserzer Hauptkamm ab. In schwerer Verlegenheit stand wurde er von Bergleuten gerettet.

Auf einem Neubau in Siegling bei Wien wurde eine fünf Meter hohe Erdhöhe von vier Arbeitern verdeckt; zwei sind tot, einer ist schwer und einer leicht verletzt.

Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Fig. 126.

Dresden, Donnerstag den 5. Juni 1902.

13. Jahrgang

Sächsischer Landtag.

II. Grammar.

104. Sitzung. Mittwoch den 4. Juni, vormittags 11 Uhr.
Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt der Bericht der Finanzdeputation A über Kapitel 110 des ordentlichen Staatshaushaltsgesetzes. Befreiungsfonds und der Entwurf eines Finanzauftrittes.

Für den Reiterwettkampf werden statt der anfangs eingesetzten 774 763 M. 811 265 M. bewilligt.

Rach dem § 1 des Finanzieches, daß dann zur Veroufung kommt werden auf Grund des vereinbarten ordentlichen Haushaltshauses im Jahre der Finanzperiode 1902/03 124 022 870 M. bewilligt in außerordentlichen Staatsbeden 61 170 701 M. Der Bericht ist, Abt. H a b e n e l , weist auf die zahlreichen Abweichungen hin, die es nicht hatten, den außerordentlichen Bedarf auf die Summe zu erweitern. Der § 2 des Finanzieches betrifft die Steuerabfölio. Die Finanzabrechnung beansprucht, daß des Wertes funktionsfunktionalität zu zeigen. Hierzu bemerkt der Berichterstatter, es ist infolge der vorliegenden Überarbeitung der Rollenamtslage möglich geworden, den Antrag auf 5 Proz. zu erniedrigen und die drei unteren Steuerklassen frei zu lassen. Die Kammer nimmt das Finanzieche an und genehmigt darum den ganzen Geset.

Darauf tritt die Kammer in die Beratung einer Petition der Gemeinderats zu Niederwartha über den Ausbau eines Kommunalwegen, wozu man die Gemeinde veranlassen will, mögigst sich diese abwendet. Nach einer kurzen Erörterung über die Anwendung des § 23 der Verfassung und einer ausführlichen Berücksichtigung, über die Wege hauengelegenheit wird die Petition teils der Regierung zur Entscheidung überwiesen, teils lasz man sie auf sich beruhen.

Den dritten Gegenstand der Tagessitzung bildeten die Petitionen des Verbandes der Handelsbeamten und verschiedener Städte zur Vermeidung der südlichen Landtagewahlkreise und die Petitionen der Genossen Karl Sindermann und Johann Ihne und des Evangelischen Arbeitervereins um

Abänderung des Landtagswahlrechts.
Der Berichterstatter der Reichswehr- und Petitionsdeputation Abg. Uhlig, verweist lediglich auf den gedruckt vorliegenden Bericht der Deputation, den wir bereits einzahnden gewünscht haben. Das Budget der Deputationsmehrheit lautet, sämtliche Petitionen auf sich zu rüsten zu lassen. Bezuglich der Petition der Städte Rinteln und Melkum Vermehrung der städtischen Wahlkreise beantragt jedoch eine Minderheit der Deputation die Ueberweisung der Petition an die Regierung zur Erörterung.

Abg. Rollin: Als Vertreter eines städtischen Wahlkreises erkläre ich: zunächst, daß ich mit den Anträgen der Minderheit stimmen werde; ich würde aber auch unter anderen Umständen für das Votum der Minderheit stimmen, weil ich eine Bezeichnung der städtischen Wahlkreise für berechtigt halte. Vor der Deputationsversammlung ist gegen den Antrag der Minderheit zum Ausdruck gebracht worden, daß es einer anderen Eintheilung der Wahlkreise die Weicht beinhaltete, das Interessen des ländlichen Grundbesitzes nicht genügend vertreten würden. In solchen Beobachtungen liegt keinerlei Veranlassung vor. Sie sind um so weniger begründet, weil von den 40 Mitgliedern der Gesamtkammer nur 16 Proz. Vertreter des Städte sind, 15 Proz. aber Vertreter des ländlichen Grundbesitzes. Bei der Beratung der Gesamtkammer ist die Frage aufgeworfen worden, ob nicht auf Aenderung des jetzigen Wahlgebiets zu kommen sei, wenn man die Kreisvereinigung neu regeln wolle. Es ist aus dichter Anzahl von der Regierung erläutert worden, daß auf die Forderung der Städte nicht eingegangen werden könne, ohne auf die eine oder andere Weise auf die Aenderung des Wahlkreises selbst zu kommen. Ich nebst demvorigen Veranlassung, mich über die Frage der Wahlkreisaenderung einzuspielen.

Das jetzige Landtagswahlrecht ist besonders in letzter Zeit mehr und mehr Gegenstand der Erörterung im Lande gewesen, und ich möchte, zu erklären, daß ich das jetzige Wahlrecht für verfehlt und als ungerecht ansiehe. Bei der Verabsaumung der Petition der evangelischen Arbeiterversammlung ist nun die Meinung, in der Deputation vertreten und jämlich verfehlt worden, man solle bestimmt Vorschläge zur Abänderung des Wahlrechts machen, aber nicht allgemein neueren. Wenn ich auch dem gegenwärtigen Zustande keine Auträge unterbreiten will, so stehe ich doch nicht an, Vorschläge vorzubringen. Vor allem würde ich die Verbehalzung des geheimen Wahlrechts. Vor dem geheimen Wahl erbläde ich einen der wahren Vorzug des geheimen Wahlrechts gegen das platonische Klassenwahlrecht in Preußen. Ich fürchte, daß bei der Belebungung des Wahlberechtigtheits die Wahlbeteiligung noch geringer würde, als es jetzt schon der Fall ist, die jedoch bemerkliche Interessenfreiheit in weiten Schichten des Volkes noch mehr als jetzt anwachsen wird und eine volle Rendierung auf eine Gesetz in politischer Beziehung in sich birgt. Eine andererweise Anregung meinetwegen geht dahin, daß man vom indirekten Wahlverfahren zum direkten kommen möge. Man hat es sich so ihres ausgemahnt bei der indirekten Wahl nach die Wahlmanns über den Abgeordneten einzutragen würden. Die Erfahrung hat aber gezeigt, daß die indirekte Wahl in dieser Beziehung nicht abrutscht hat, was man erwartete. Der Prinz hat sich vielmehr etabliert, daß die Kandidaten schon in den ersten Tagen der Wahlbewegung bestimmt werden. Der Grund, daß die Wahlmänner den Abgeordneten aussuchen sollen, ist hinfällig gemacht. Tages haben sich gewisse Schwierigkeiten bei der Ausrufung der Wahlmänner herausgestellt. Es ist kaum kaum möglich, die genügende Anzahl zu bekommen. Es macht nämlich bei der Wahl bewirkt, daß die Einführung des indirekten Wahlverfahrens ein Fehler gewesen ist. Auf der anderen Seite sehen wir in Deutschland das allgemeine Betreiben das indirekte Wahlverfahren in ein direktes umzandeln, um auch den Volke eine Wahrheit an der Bezeichnung und in der Landesvertretung zu ermöglichen. Gleichzeitig fordere ich noch die Belebungung der klassensteuerung am Landtagswahlrecht. Ich habe früher ihnen als verfehlt bezeichnet, daß man die Steuererhebung kostbarlich als Grundlage angenommen und eine andre Einstellung, nach dem Grade der Bildung anzurichten in Erwägung gezeigt hat. — Mit diesen meinen Autbauanträgen befunde ich mich mit dem Teile meiner volkstümlichen Freunde in Übereinstimmung, der im Jahre 1860 mit mir gegen das zu einem gewissen Maße in Uebereinstimmung mit der Deputationsmechtheit, die auf der Seite

in Übereinstimmung mit der Meinung des Berichts unter anderem nicht ausdrückt:
Man kann und darf beim Wahlrecht nicht ausschließen, dass die verchiedene Steuerkraft des einzelnen in dem Wahlgange wertet.
Ich bin der Meinung, das dieser Grundsatz nicht bloß allgemeine Bedeutung haben soll, sondern von Stadt und Land, sondern ausgetrieben hat mich hoffe, dass man diesen Grundsatz sehr wohl einhalten wird. Bei der Petition des Landesverbands der Evangelischen Arbeitnehmervereine ist bemerkt worden, man lasse sie nur deshalb auf Berücksichtigung beruhern, weil sie keine bestimmten Vorschläge zur Abänderung des Wahlrechts enthalte. Lediglich habe ich mich doppelt für verpflichtet gehalten, dass die Abänderung bald zur Vertrag zu bringen und hieraus kommen möge, als so viel Zeitraum unabdingbar ist, damit eine Verhandlung der breiten Massen, insbesondere mit anderen Arbeitern verbreitet werden kann. Von bestimmten Aneraden habe ich ab, hinsichtlich hoher Räume, mit der Minderheit zu stimmen. (Beifall bei einer Sitzung des Präsidialkomitees.)

Abg. Rüder (sonst): Es ist nicht meine Absicht, über das jetzige Wahlrecht und dessen Wänderung zu sprechen, sondern will nur darauf hinweisen, daß die Beobachtung im Deputationsberichte, die ländliche Bevölkerung überwiege in Sachen, inswischen von der Entwicklung überholt worden ist. Heute ist bereits die städtische Bevölkerung stärker als die ländliche. Der Rektor weiß noch darum hin, daß die Vertreter der Städte noch immer das Interesse des ländlichen Grundbesitzes vertreten hätten. Im übrigen beschäftigt sich der Rektor mit einzelnen Bemerkungen im Deputationsberichte.

Aba. Dr. Bögel (nat.): Aus dem Berichte der Pensionärskommission, welchen aus den Neuerungen der Rechtzeitigkeit nicht unweি়sigkeitlich die Schlußfolgerung zu ziehen ist, daß die Wahlrechtsverhältnisse in Sachsen keine weiteren

Auch beweist, daß die Wahlkreisverhältnisse in Sachsen keine sozialen und gesunden sind. Die jetzige Wahlkreiseinteilung ist auf einer Einrichtung begründet, die über 70 Jahre zurückliegt. Auf den ersten Blick ist aber eben zu erkennen, daß die seit dieser Zeit erfolten Umgestaltungen die Verbesserung betreut hat, die damals die Grundlage für die jetzige Wahlkreiseinteilung abgezeichen hat. Allerdings war die Population anzahlt, dennoch, daß die jetzige Wahlkreiseinteilung den jetzigen Verhältnissen nicht mehr entspricht. Was ist ein plattes Land, rein ländlich war, das sind keine Städte der Industrie. Wenn man aber zu der Überzeugung gelangt ist, daß die Wahlkreiseinteilung den Verhältnissen nicht mehr entspricht, dann sollte man auch die Konsequenzen ziehen. Nun hat man dagegen vorgebracht, die Landwirtschaft werde nicht mehr die rechten Vertreter haben, wenn man auf eine Neuordnung des Rechts zuverlaßt. Ich verweise aber darauf, daß die berichtigten Zusagen der Landwirtschaft von allen Vertretern im Handtage vorgetragen worden sind. Wenn es in einzelnen Fällen zu Meinungsverschiedenheiten gekommen ist, so nur deshalb, weil die Vertreter der Landwirtschaft einzelne Interessen verfolgt haben. Ganz unehrbart aber ist der Einwand, das in der Ersten Kammer die jüdischen Interessen vor Gewissheit vertreten wären. Ich will Sie nur daran hinweisen, daß in dieser Kammer außer 22 Abgeordneten noch die Vertreter der Regiertheiten vorhanden sind. Unverzuhalt will ich aber auch nicht lassen, daß eine stärkere Vertretung der jüdischen Interessen notwendig ist, weil diese zusammenfallen mit den Interessen der Industrie und des Handels. Ich meine, gerade die unsozialistische Vertretung dieser Interessen in der Ersten Kammer sollte daran hinweisen, daß verunsichernd durch die zweite Kammer ein Ausgleich stattfände. Bedenken Sie fern, daß die Landwirtschaft bereits im Landestag eine Verteilung hat, die weit mehr Einfluss hat, als die Handels- und Gewerbezimmern. Ferner ist noch der Nachstand zu bedenken, daß zum Amtshaus allein in die Regierung berufen werden, was eine Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen in der Regierung führen, während jüdische Beamte nicht oder gar nicht als Mitglie der Regierung berufen

Nun hat man auch gesagt, man könne schon aus dem Brunn die Fortsetzung der Städte nicht benötigen, weil mit der Wahlver eintheilung auch der Wahlkreis und das Landesamt werden müsse, und in dieser Sündt in gewisser Ueberdeckungsummung mit dem Ministerium das auch eine Notwendigkeit, das Wahlecht zu ändern, auferlegt, aber den Zeitpunkt noch nicht sehr gekommen habe. Ich sage deshalb, wenn ichs Maaß am Wahlrecht herangetreten haben soll, man es bestimmt bald vornehmen und nicht erst warten, bis man von am gegebenen wird, sondern soll, was man als verpflichtungsbefürchtet kommt hat, auch vermeiden. Ich erkenne an, das es mir, als einem Verordnungen, der das Wahlrecht nicht mit beschlossen, leichter wird, die Schrift zu empfehlen als dem, der mitentschieden hat. Ich kann aber gegenüber den Ausschreibungen meines Freunden Rößler darum meinen, das nicht war die meiste rechtslichen Freunde seine Ansicht sei, die mir ihm gegen das jetzige Recht gekommen haben, sondern auch die, die jetzt in die Kammer eingesetzten sind. Zur üblichen Faust mich den Ausschreibungen meines Freunden Rößler entzweien kann nur ergänzend bemerken, das das Klosterwahlrecht recht bedauerliche Zustände verursacht hat. Ich meine wir sollten nicht den Vogel Strauß spielen und uns nicht verlegen gegen die vorliegende Absonderung im tatsächlichen Volle gegen die Wahlkammern. Einmal ist zweitens, das ein großer Teil der Bevölkerung vor allem die Arbeiterschaft, von einer Vertretung im Landtag ausgeschlossen ist, und das ist es, was ich in erster Linie bedauere. halte es für unverständlich, das auch die Arbeiterschaft (Andera mit den demokratischen) mit zu abwählen und ihre Interessen zu vertreten hat. Ich drücke mein Gefühl, das ein großer Teil des Volles von der Vertretung ausgeschlossen sein soll, bloß weil sie nicht so ähnlich waren, so gebildet zu machen und über einen großen Gebietstel vertreten zu müssen, obgleich ihre bedeutsame Folgen seien. Wer vom Wahlrecht ausgeschlossen oder schwer benachteiligt ist, muss sich das Interesse an seiner engeren Heimat, an seinem Berufe verlieren. Wenn man nun wiederholen will, wenn wir Wahlrechte anders, kommen nur Sozialdemokraten herein (Kobba sehr richtig), so bitte man, um dieses zu verhindern, dass sie nichts votieren, nur den Genossen etwas höher hinauf zu brauchen, man hätte aber nicht ein solches, eine Vertretung der Bevölkerung ausgeschließendes Recht erhalten brauchen. Ich sehe nicht dem Standpunkt, das man das freie gleiche allgemeine Wahlrecht dem Mass gewähren soll, wie wir es beim Reichstag haben. Mit dem einen Freien und dem andern kann es aber doch wohl ein zwischenweg gegeben. Mit dem Reichstagswahlrecht ist es ja etwas anderes. Das besteht nun einmal und was gegeben ist, kann man nicht mehr nehmen. (Amen und Wiederholung.) Ich bedauere sehr stark, das Petition der evangelischen Arbeitervereine einfach abgelehnt worden ist, ich gebe zu, das man vom reinen juristischen Standpunkte mit Rechtsmaßen bestimmen Vorschläge enthalten, in der Regel in vereinbar. Aber die Petition entspricht doch gerade deshalb den Anfischen der Revolution, die auf dem Standpunkt steht, die Anregungen der Regierung abzuwenden. Gerade dieser Umstand hätte sie veranlaßt, die Petition wenigstens zur Kenntnisnahme zu überweisen. Redner erklärt sich selbst, keinen bestimmten Antrag stellen, gegen das Datum der Revolution kommen zu wollen. (Beifall)

et einem Teile der Nationalliberalen.)
Abg. Herrwig (cont.): Er könnte nicht bestreiten, wie Höhe des nekennenden Wahlrechts habe ausmachen können. Wahlrecht sei doch sehr klein. Wenn das gegenwärtige Landtagswahlrecht als unzureichend bezeichnet wird, so kann ich nicht bestimmen. Juzugeben, dass gegenwärtige Gesetz kein ideales Wahlrecht ist; das ist ja ein Fehler, den jedes Wahlrecht habe. Es giebt eben kein vollkommenes Wahlrecht. Ich bin jedoch der Ansicht, das mit fett daraus hervor, so, wie bei dem Stenographen die Progression als gerecht angesehen auch die Progression beim Wahlrecht als gerecht zu erkennen ist. Verall. Am überzeugen tut der Redner nur Vermehrung der niedrigen Wahlrechte ein und wenn darum kommt, ich bin so, wo das rechte Wahlgebet geschaffen werden soll, die städtische Bevölkerung verdoppelt habe. Er wolle keine Beeinträchtigung der ländlichen Vertretung, sondern nur eine Vermehrung der niedrigen Wahlrechte.

erhalten hat. Es liegen allerdings bestimmte Vorschläge der Petition nicht nur, zu eründen vielleicht ganz allgemein um eine Abänderung Wahlrechts. Der Minister habe aber selbst in der Deputation erkannt, daß das Wahlrecht der Abänderung bedarf und nur der Zeitpunkt noch gekommen sei. Sollte es bei dieser Sache wirklich aus noch Gründen aufgekündigt werden sein, die Petition nicht wenigstens Kenntnisaufnahme zu überweisen? In dieser Petition steht, daß der Mann durch das Wahlrecht in seinem Rechte befreit werde und glaube, das hätte man der Regierung zur Kenntnisaufnahme geben müssen.

ob man nun diese Ansicht teilt oder nicht. Ich für meinen Teil schließe mich dieser Beweisführung und der Petition nicht bedingungslos an. Das kann ich entwenden unter dem bedingungslosen Auswählen der sozialdemokratischen Vertreter in diesem Hause. Damals war dieses Handeln notwendig, eine grundliche Beweisung war nicht möglich. Es war auch mehr oder weniger ausgedienten, andere Wahlkörner zu erzielen und das neue Wahlrecht gründlich nachzutragen. Es blieb uns nach Eage der Sache nur die Wahl zwischen dem gegenwärtigen oder dem alten Reichen. Es war und ist ein Notztag, und ich wurde unter allein Umständen jederzeit wieder einem gleichen Gedenk verhüten. Wie haben aber damals ein Reiche geschildert, das nicht in die Dauer bestehen kann? Ich mon jetzt an eine Aenderung des Gesetzes herantreten soll, ich noch sehr die Freude. Es bereitet mir ein Verhältnissmann hierzu Zeit, und ich modere mich auf den Standpunkt der Regierung stellen. Ein neues Wahlrecht muss von langer Hand vorbereitet werden. Ich will aber nun munden, daß wir der Regierung anheimziehen, die Aenderung des Gesetzes in Aussicht zu behalten. Ausgenügt dieser Sachlage hätte man die Gelehrten nicht mehr vorher gehen lassen dürfen, die Petition der Evangelischen Arbeitervereine der Regierung zur Amtsnahme zu überreichen. In der Petition wird gezeigt, daß gegenwärtige Wahlkörner habe in den besten patriotischen Kreisen Misstrauen erzeugt und die vaterländische Meinung nicht gewahrt. Das sind Worte, die man nicht so ohne weiteres unter den Zahn fallen lassen sollte. Ich kann aus eigener Erfahrung benennen, daß, wennjedem in den großen Städten, in den besten Kreisen des Volkes eine Meinungswandlung darüber erzielt, daß der Wert des Wahlers nur nach seinem Vermögen beurteilt wird. Ich würde dringend, daß die Regierung recht bald Erörterungen über die Würdigung des Wahlrechts anstrebe und eine Aenderung des Wahlgesetzes in Erwägung zieht. Meine Meinung steht dahin, die Regierung möchte erwägen, ein Wahlgesetz nach Verfassungsgesetzen einzustreben. Ich will mich jedoch nicht, wie der Herr Vogel, darum beschränken, gegen das Recht der Dekoration zu stimmen, sondern beansprueche hiermit, die Petition der evangelischen Arbeitervereine der Regierung zur Amtsnahme zu überreichen.

Nur den Antrag erheben sich nur 3 Männer, es hat somit nicht die absolute Mehrheit der Abgeordneten erlangt.

Wb. Gräfe (Hildburghausen): Es ist darum, daß dasjenige Treffen, welches nach dem allgemeinen Rechte möglichst rechtzeitig stattfindet,

flässenwahlrecht bald durch das allgemeine, gleiche Wahlrecht ersetzt werde, er werde deshalb dagegen stimmen, daß die Petition Simmermann-Thieme wie die der Evangelischen Arbeitervereine auf sich beziehen bleibe.

Abg. Dr. v. Opitz: Der Herr Professor hat sich einen nur die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts für beiden ausgedehnt und auf eine Ausweitung durch Sonderabstimmung zu machen, hat er auf die

und, um seine Anwesenheit etwas stattlicher zu machen, um es auf die Mängel hingehen, die dem reinen Wahlrecht vorstehend entstehen. Das ist nicht sehr überzeugend, denn jedes Wahlrecht hat seine matten Seiten. Aber wenn man die wahren Seiten beim reinen Wahlrechte verfolge, so wäre es doch anzusehen, dasselbe auch beim allgemeinen, freien Wahlrecht zu tun. Ich glaube, wie haben die denkenden Reichstagswahlrecht in viel manche Zeiten gefunden, das man gewollt haben. Wenn wir den solchen Erwägungen würden, dann müsste ich den schon, der sagen könnte, das allgemeine, freie Wahlrecht sei vollkommen gerecht. Dieser Wahlrecht ist jetzt in der Theorie sehr schön, so ist ein Ideal, aber es gehört dazu auch das Wahlrecht, das in Sachen wurde, obwohl ein Umgang mit unter kann bedeuten. Wie ein solches Wahlrecht in Sachen wirken müssen, davon geben die Wahlen zum Reichstag ein Bild. Schon von nun über die Hälfte der sächsischen Reichstagswahlrechte in geschichtlichen Händen. Das aber bedeutet, dass bei Einrichtung des allgemeinen freien Wahlrechts die Majorität der Kammer zu Sozialdemokraten besteht. Will der Abg. Rollfuß erreichen, dass wir das Wohl unseres Vaterlandes sicher Partei überantworten sollen? Unruhe und Proteste des Abg. Rollfuß. Ich behaupte die Einrichtung des allgemeinen Wahlrechts in Sachen bedeutet die Aussetzung der Kammer an die Sozialdemokraten, ich gehöre nicht zu denen, die befürchten, dass es ein reines Wahlrecht vollkommen wäre. Ich betone aber, was, als wir 1871 dieses Wahlrecht einführten, uns vollständig fern gelegen hat, einen Stich der Meinung gegen die Kreisräte zu beschließen; ja, wir sind nicht einmal daran gegangen, die Sozialdemokraten vollständig aus der Kammer zu treiben. Doch ist die Veränderung der Sozialdemokratie insofern eine Folge des neuen Wahlrechts, denn es ist nach demselben Wahlrecht getrennt wiederkehrt. Die ehemalige Probe ist aber noch nicht gemacht, denn die Sozialdemokraten haben bisher Wahlbehauptungen erzielt. Nur sind in der Beweis erbracht, dass keine Sozialdemokratischen Erfolge zu erwarten sind, wenn diese Partei auch bei Aufwendung aller ihrer politischen Kraft keine Wahlserfolge erzielen kann. Es wiederkehrt also, dass die Abgeordneten, die Sozialdemokraten aus der Kammer ausgeschieden, uns vollständig fern gelegen hat. Nun hat sich der Abg. Rollfuß darum angestrengt, dass eine Verbindung mit den Parteien durch das allgemeine Wahlrecht hergestellt werden sollte. Die Abgeordnete sind für vollständig halten. Oder hat der Abgeordnete Rollfuß durch die sozialdemokratische Thatsache in dieser Kammer den Eindruck machen, dass diese eine Verbindung mit den Parteien hergestellt. Ammosts Bestreben hat das Gegenteil bewiesen. In geradem Fassiter Weise haben sie Nieden zum Feind hinzu gehalten. Wie man in solchen Umständen eine Verbindung mit den Parteien erwarten kann, ist unbegreiflich.

Der Redner äußert sich dann nach im vorstehend gewundener Weise zu der Frage der Bezeichnung der historischen Landtagswahlkreise.

Werde in der Städte der Bevölkerung der Wahlkreise notwendig, damit die Städte eine ihrer Bedeutung entsprechende Anzahl Vertreter erhalten. Besonders einer Rendierung des Wahlkreises ist der Ansicht, dass unter gegenwärtiges Wahlrecht der Rendierung durchaus ein Ersatz ist. Es ist Thatache, dass etwa 1/3 Proz. der wahlberechtigten Bevölkerung keinen Einfluss auf die Abstimmungsergebnisse des Wahlkreises hat. Das zeigt sich auch hier in der Haarmer Wirk haben keine Arbeiter und keinen Beamten unter uns. Das ist erstaunlich, weil zwei ersten Klassen die dritte Klasse reichmann übernommen und das betrügt nur beiläufigen Prozent. Ich bin jedoch nicht nur für das allgemeine, gleiches Wahlrecht, sondern bin im Gegenteil der Auffind, dass einzelnen Städten auch eigene Rechte verliehen werden müssen, nur darf das nicht zuviel sein.

Abg. Hauke (cont.): Wenn man das Vorur der Männer liebt und eine Reihe Reden, die keine gehalten worden sind, fassende der Ansicht seien, das dasjenige Parteivorsitzende nur von uns Seine ausgesagte sei. Ich habe daher ausdrücklich betont, das zu keiner von jenen (nationalliberalen) Seite, ich ebenso wie wir da ausgetreten haben, das Wahlkreis zu hande zu bringen und das es ihnen mit Eifer gefordert werden ist. Das hat einer der nationalliberalen (er meint Michael) im Reiche sogar in der Neuerung auf den damaligen Staatsminister erkannt, das haben meine Freunde gut gemacht. Sie — die Nationalliberalen — haben die Städte ebenso wie wir als eine Machtssäule aufgestellt, und waren in den großen Städten mehr bedroht, als wir in den ländlichen Kreisen. Deshalb waren Sie auch mit der damaligen Neuerung Wahlgerechtigkeitsverhandlungen. Wenn wir aber das ein vor Jahren gewollte Gesetz schon wieder andern wollten, wurden wir eine ländliche Masse spielen, und was war deshalb, weil das Gesetz noch man so lange funktioniert, das man ein höheres Nutzen gründen konnte. Nun hat in dieser Neuerung ver sucht, einen Bezug von Stadt und Land in formelleren, in das Land durch die Wahlkreiseinteilung in unbedeutender Weise

